

Sozialistische Linke in Regierungsverantwortung

1. **These: Im Unterschied zum westeuropäischen Ausland besteht in Deutschland keine Normalität einer einflussreichen und koalitionsfähigen Partei links von der Sozialdemokratie. Linkssozialistische Politik verbleibt damit auf dem Status informeller Zirkel. Die PDS ist der erste Ansatz dies zu ändern.**

In Deutschland besteht mit Ausnahme der Weimarer Republik keine Normalität einer linkssozialistischen bzw. kommunistischen Partei (nachfolgend: LsP/KP), die kontinuierlich gesellschaftspolitisch und parlamentarisch Einfluss links von der Sozialdemokratie ausübt. Dies führt dazu, dass linkssozialistische und kommunistische Politik sich überwiegend in informellen, milieu-bezogenen Zirkeln organisiert bzw. dort wo sie organisationspolitisch stärker war, von der DDR subventioniert wurde (DKP). Diese organisatorische Schwäche führt zu drei Defiziten:

- a) die differierenden Gruppen innerhalb der Linken (Trotzkisten, Maoisten, Reformisten, Libertäre, ...) konnten im Unterschied zu anderen LsP/KP in anderen Ländern, in Deutschland nicht einerseits in eine LsP/KP als unterschiedliche Flügel integriert werden bzw. deren Verlust im Falle von Abspaltungen ohne gesellschaftspolitischen und parlamentarischen Einflussverlust verkraftet werden.¹
- b) Kommunistische Kleingruppen spielten in der politischen Linken der Bundesrepublik bis 1990 aufgrund der Abwesenheit einer einflussreichen LsP/KP eine wesentlich diskursdominierendere Rolle als im Ausland.²
- c) Auch eine ernsthafte Sammlungsbewegung konnte aufgrund organisatorischer Schwäche einerseits und klandestiner Binnenorientierung der betreffenden Akteursgruppen andererseits trotz entsprechender Versuche (Grüne³, PDS/Linke Liste⁴) im Unterschied zu anderen Ländern⁵ nicht realisiert werden. Mit diesem Problem werden nach der bisherigen Entwicklung auch die neuen Initiativen zur Gründung linker Parteiformationen wie „Wahlalternative“ und „Initiative für Arbeit & Soziale Gerechtigkeit“ zu kämpfen haben.

Die PDS ist nach der frühen Entscheidung der Grünen, eine zwar radikaldemokratische aber nicht-sozialistische Partei zu sein, seit 1990 der erste hoffnungsvolle Ansatz, einer kontinuierlichen demokratisch-sozialistischen Formation links der Sozialdemokratie, die in der Lage sein kann, lokal und überregional politischen und parlamentarischen Einfluss zu erzielen. Dieser Ansatz ist jedoch, wie sich bei der Bundestagswahl 2002 sowie den Wahlergebnissen in Westdeutschland zeigt, einerseits amorph und andererseits geprägt von der politischen Spaltung des Landes und dementsprechend unterschiedlicher Wahrnehmung und organisationspolitischer Stärke der PDS in Ost und West.

2. **These: Die Diskussionen innerhalb der deutschen Linken über Regierungsbeteiligungen wird aufgrund der strukturellen Schwäche in der Regel als theoretische Ob- und nicht als praxisorientierte Wie-Debatten geführt.**

Die organisationspolitische Schwäche der LsP/KP-Strukturen in Deutschland hat dazu geführt, dass die Diskussionen innerhalb der Linken über Beteiligungen an Regierungen in der Regel als theoretische Ob- und nicht praxisorientierte Wie-Debatten geführt wurden. Die entsprechenden Diskussionen innerhalb der Grünen wurden einerseits überlagert durch einen querlaufenden

¹ So z.B. in Dänemark, in der links von der Sozialdemokratischen Partei die Sozialistische Volkspartei (SF) im Parlament vertreten ist und ein grün-linkes Bündnis maoistischer, trotzkistischer und anderer Parteien, die seit Jahren mit rund 5 % ebenfalls im Reichstag sitzen. In Italien sind nach der Abspaltung der Cossuta-Kommunisten von der Partei der kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista) zwei kommunistische Parteien im Parlament vertreten.

² Die Rolle der französischen Trotzkisten (Ligue Communiste Révolutionnaire, LCR sowie Luttes Ouvrières, LO), die 2002 beträchtliche Wahlerfolge realisierten, muss dabei separat betrachtet werden – wenngleich dies möglicherweise auch ein Ausdruck des spürbaren Niedergangs der KPF ist. Vgl. dazu: Hoff, Benjamin/Alemann, Florian von (2002), Le Pens Wahlerfolg – nur ein Betriebsunfall?, in: Vorgänge Nr. 4, S. 106-114.

³ Die Grünen, die sich in relevantem Maße aus Akteuren ehemaliger K-Gruppen zusammensetzten, haben sich gleichwohl nicht als kommunistische oder sozialistische Organisation verstanden. Der Aufstieg der Grünen hängt im wesentlichen mit dem Zerfall der in den frühen 70er Jahren entstandenen K-Gruppen zusammen. Die Unterwanderungsthese, die von konservativen Medien gern apostrophiert wurde, ist nicht zu halten. Selbst da wo sie möglicherweise angestrebt wurde, wie durch z.B. durch die Gruppe Z oder den KB, war sie nicht erfolgreich. Vgl. den „Exkurs 2: Das K-Gruppen-Paradox“, in: Raschke, Joachim (1993), Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln, S. 471-480.

⁴ Die Entstehung der PDS im Westen mit all ihren Ambivalenzen ist sehr gut zusammengefasst in: Gohde, Claudia (1995), Im Westen was neues? Die PDS in den alten Bundesländern, in: Beinert, Heinz, Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin, S. 69-80.

⁵ In Spanien hat sich z.B. mit Izquierda Unida (Vereinigte Linke) eine Sammlungsbewegung verschiedener linkssozialistischer und kommunistischer Gruppen gebildet, die kontinuierlich im Parlament vertreten ist und wie z.B. in Katalonien Einfluss auf die Bildung der Regionalregierung hat.

Strömungskonflikt und zum anderen durch die Entscheidung eines Teils der beteiligten Akteure (Aufbruch 88, Realos), sich nicht als Teil einer sozialistischen sondern einer ökologischen Bürgerrechtspartei zu verstehen. Diese komplizierte Diskursentwicklung hat erheblichem Nachteil für entsprechende Diskussionen innerhalb der PDS bzw. an ihr interessierten Kräften der politischen Linken.

Ausschließlich im Anschluss an die Tolerierungsentscheidung der PDS in Sachsen-Anhalt 1994 und die 5-Thesen des PDS-Parteitages 1995 fand in der PDS-Mitgliederzeitschrift „Disput“ eine sowohl zeitlich als auch personell begrenzte Debatte über „Opponieren, Tolerieren und Regieren“ statt, die – wie sich in den jüngeren Diskussionen um die Regierungsbeteiligung in Berlin zeigte – wenig nachhaltige aufklärerische Wirkung in die Partei bzw. das Spektrum hinein entfaltete. Notwendig scheint deshalb dreierlei:

- a) sich auf die Diskussionsbeiträge von 1994/1995 zu besinnen und diese auf Stichhaltigkeit zu überprüfen,
- b) die Regulationsmöglichkeiten linken Handelns zu definieren, bisherige Paradigmen auf Wirksamkeit zu überprüfen (Keynesianismus) und auf dieser Grundlage Handlungsoptionen zu definieren,
- c) zu überprüfen, welche Wege andere LsP/KP im Ausland gegangen sind und was dies für politisches Agieren in der Bundesrepublik bedeuten könnte.

3. These: Die These, dass eine parlamentarische Partei unabhängig von Opposition, Tolerierung oder in Regierungsverantwortung gesellschaftliche Opposition betreiben könne vernachlässigt das Spannungsverhältnis zwischen der Ausübung bürgerlicher Staatsgewalt durch LinkssozialistInnen in der Regierung und der Aufrechterhaltung einer auf Überwindung genau dessen zielender Strategie.

Auf dem besagten 1995er PDS-Bundesparteitag wurde in den von Gysi et al vorgelegten „5 Thesen“ formuliert: „Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS“ (These 2). Ungeklärt bleibt bei dieser These, wie die mit Regierungsverantwortung verbundene Ausübung bürgerlicher Staatsgewalt in Übereinstimmung Aufrechterhaltung einer auf die Überwindung kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse zielenden gesellschaftlichen Opposition gebracht werden kann. „Denn ob eine linkssozialistische Partei in der Regierung weiter als gesellschaftliche Opposition agieren kann, hängt nicht vom ‚guten Willen‘ und den besten Absichten ihrer AktivistInnen ab, nicht davon ob nach sich weiter als ‚systemoppositionell‘ versteht (so die 5 Thesen) sondern davon, ob sie es in ihrem politischen Handeln als Regierungspartei tatsächlich ist und sein kann. [...] ‚Der Staat ist kein Fahrrad, auf das man sich einfach setzen und in beliebiger Richtung losradeln kann‘, formulierte die frühere grüne Bundessprecherin Verena Krieger einmal treffend“ (Wolf 1995: 9).

Solange eine Partei nicht die politisch-gesellschaftliche Kraft entfalten kann, eine so grundlegende Veränderung der Staatsapparate einzuleiten, dass diese Veränderung letztlich systemtransformierende Kraft in Bezug auf die Struktur und Funktionsweise des bürgerlichen Staates entfaltet, werden die Logik staatlicher Institutionen, die Zwänge der Kapitalverwertung, die durch den Staat zu garantieren ist, und die Mechanismen der Regierungsbeteiligung stärker sein als alle guten Absichten bzw. Vorhaben der linken MinisterInnen und ihrer Fraktions- und Parteiapparate.

„Die Erfordernisse und ‚Sachzwänge‘ der Regierungsbeteiligung geraten so systematisch in Widerspruch zu den zuvor vertretenen Zielen gesellschaftlicher Opposition, die dem weiteren Verbleib in der Regierung geopfert wurden“ (Wolf 1995: 10).

Für linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung entsteht so die paradoxe Situation, dass im Moment wesentlicher in WählerInnenstimmen ausgedrückter gesellschaftlicher Zustimmung – die zur Regierungsbeteiligung führt – das wenigste erreicht zu werden scheint bzw. die Unzufriedenheit mit der LsP/KP rasant zunimmt. Regierungspolitik bzw. die steuernde Einflussnahme auf Regierungshandeln erzielt in der Regel mehr Wirkung als das Handeln in der Opposition und doch ist die Unzufriedenheit mit diesem politischen Handeln viel größer, weil die betreffenden außerparlamentarischen Akteure in der Gesellschaft und in der Partei eine andere Rechnung aufstellen als die Regierungs- bzw. Tolerierungsakteure. Die Regierungs- bzw. Tolerierungsakteure wollen gemessen werden an den Ergebnissen ihres Handelns, die in relevantem Maße in der Verhinderung von Schlimmerem bzw. der Durchsetzung von (Teil)Projekten der eigenen Programmatik bestehen. Dafür werden Kompromisse und Koppelgeschäfte in Kauf genommen. Die außerparlamentarischen Akteure bewerten vor allem den Preis der Kompromisse und das Fehlen oppositioneller Diskursintervention. Eine Verständigung über Gemeinsamkeiten setzt die Verständigung auf (radikal)reformerische Projekte und dafür in Kauf zu nehmende Preise voraus. Der politische Teil der Anti-AKW-Bewegung kritisiert die Grünen berechtigterweise dafür, den Atomausstieg in einen Kompromiss überführt zu haben. Gesellschaftlich hat dies den Grünen nicht geschadet. Sie werden anerkannt als diejenigen,

schaftlich hat dies den Grünen nicht geschadet. Sie werden anerkannt als diejenigen, denen die Abschaltung des ersten AKWs gelungen ist. Dies ist mehr als geschickte politische Kommunikation – es ist die Verständigung auf einen Weg zur Durchsetzung von Reformprojekten.

4. These: LinkssozialistInnen müssen sich jedoch auch dann, wenn die Regierungsbeteiligung nicht systemtransformatorische Ergebnisse zeigen wird, mit der Frage einer Regierungsbeteiligung auseinandersetzen, wenn durch ihre Stimmen die Bildung einer Rechtsregierung verhindert werden kann.

Auf dieses Dilemma fehlender gesellschaftlicher Mehrheiten für eine grundlegende Transformation des bürgerlichen Staates mit einem strikten Verzicht auf Regierungsbeteiligungen zu reagieren ignoriert einen wesentlichen Mechanismus des bürgerlichen parlamentarischen Parteiensystems: Bei Wahlen wird nicht darüber entschieden, welche konkreten Inhalte im einzelnen das künftige Regierungshandeln bestimmen, sondern welcher Parteien(block) künftig regieren soll. Das heißt, es greift die Logik des ‚kleineren Übels‘. So wird im betreffenden Fall, bei großen Teilen linkssozialistischer WählerInnenenschaft das Festhalten an den eigenen inhaltlichen, gegenüber der Sozialdemokratie nicht durchsetzbaren Forderungen, der Entscheidung für eine Regierungsvariante untergeordnet, die ihrem Interesse am wenigsten schädlich erscheint – spricht der Entscheidung für eine sozialdemokratisch geführte Regierung. Würde die betreffende LsP/KP in einer Koalition oder in Koalitionsverhandlungen mit der Sozialdemokratie fehlende inhaltliche Übereinstimmung zum Anlass nehmen, eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu verhindern oder zu stürzen, so fällt ihr in den Augen eines großen Teils der WählerInnen die Verantwortung zu, dass eine rechte, also noch schlechtere Variante bürgerlicher Regierungspolitik zustande kommt.⁶

Auf dieses Argument wird häufig eingewendet, dass dieser „parlamentarischen Fixierung“ mit einer außerparlamentarischen Orientierung zu begegnen sei. Laut des marxistischen Theoretikers Poulantzas ist der Staat „Kohäsionsfaktor einer Gesellschaftsformation“, also der Ort an dem sich gesellschaftliche Widersprüche verdichten. Dort entwickeln sich emanzipatorische Bewegungen – jedoch nicht nur außerhalb der Staatsapparate, sie finden ihren Niederschlag auch in denselben, wie bei der Gründung von Umwelt- und Verbraucherschutzministerien, der Arbeitsgerichtsbarkeit usw. zu beobachten war. Die Parlamente sind demnach entgegen der klassischen kommunistischen Interpretation mehr als nur „Bühne des Klassenkampfes“ sondern sind, Institutionen, bei denen „unter den Bedingungen dieses parlamentarischen Parteienstaats auch die radikalste Opposition ‚innerhalb‘ der politischen Diskurs, Mechanismen und Apparate agieren muss, um überhaupt die Chance zu erwerben, jemals über den gegenwärtigen politischen Inhalt, den diese Apparate reproduzieren, hinauskommen zu können“ (Frieder-Otto Wolf, zitiert in Harald Wolf 1994: 4).

5. These: Die Tolerierung einer – in der Regel sozialdemokratischen – Minderheitsregierung kann ein Ausweg aus dem Dilemma sein, einerseits eine Rechtsregierung zu verhindern und andererseits sich nicht dem „demokratischen Zentralismus“ der Koalitionsdisziplin unterzuordnen.

Aus dieser diffizilen Gemengelage folgt für viele demokratische SozialistInnen die Schlussfolgerung, die ausgetretenen Pfade herkömmlicher parlamentarischer Politik und Regierungsbildung durch Parteienkoalitionen zu verlassen eine Form der Regierungsbildung zu finden, bei der das Zustandekommen einer sozialdemokratisch geführten Regierung nicht an die Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm – das nur auf programmatische Kosten der LsP/KP zustande kommen könnte – an den ‚demokratischen Zentralismus‘ der Koalitionsdisziplin gebunden ist.

Ein möglicher Weg besteht im Modell der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, ohne ultimative Vorbedingungen und einschließlich der Bewilligung ihres Haushaltes – also des in Zahlen gegossenen Regierungsprogramms.

Ein Blick nach Schweden zeigt, dass ein solcher Weg möglich ist: Seit 1998 toleriert die schwedische Linkspartei gemeinsam mit der Umweltpartei auf der Grundlage einer schriftlichen Ver-

⁶ Dies lässt sich am Beispiel der Partito della Rifondazione Comunista Italiens ablesen. Durch den Entzug der für die Regierungstätigkeit des Olivenbaum-Bündnis unter Prodi notwendigen Stimmen im Jahre 1998, wurde – nach dem Scheitern der zweiten Olivenbaum-Regierung D’Alema, die zweite Regierung Berlusconi einschließlich der Postfaschisten ermöglicht, die zu einem radikalen neoliberalen Umbau des Sozial- und Verfassungssystems führte. Die zweite Regierung Berlusconi ist im übrigen mittlerweile die am längsten amtierende Regierung Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg. Die RC-Entscheidung führte zur zweiten RC-Spaltung, bei der mit Cossutta 50% der Parteiführung, 70% der Parlamentsabgeordneten und rund 5% der Mitglieder die Partei verließen und die Partito dei Comunisti Italiani (PdCI) gründeten. Die RC ist seitdem politisch isolierter als vorher, von rd. 8% auf 6% zurückgefallen. Andererseits hat es die RC geschafft, durch eine enorme Orientierung auf soziale Bewegungen und Gewerkschaften Vertrauen und politische Basis zu gewinnen. Sie ist der aktive integrierte parteipolitische Teil der italienischen Antiglobalisierungsbewegung.

einbarung die sozialdemokratische Minderheitsregierung in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung, gerechte Verteilung, Gleichstellung und Umwelt. In Fragen der EU-Politik, Beitritt zum Euro, Außen- und Sicherheitspolitik gibt es wegen grundsätzlicher Differenzen seit Beginn an keine Zusammenarbeit. Nach der Wahl 2002 wurden die Formen der Zusammenarbeit in der Vereinbarung „121 Punkte für ein sichereres, gerechteres und grüneres Schweden“ erweitert. Es soll monatliche Beratungen zwischen den Vorsitzenden der drei beteiligten Parteien geben, die Stützparteien erhalten jeweils Koordinierungsbüro im Finanzministerium, denen auch Untersuchungsressourcen zugänglich sein sollen. Die Umweltpartei kann politisch Sachkundige in das Umwelt-, das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium entsenden und die Linkspartei entsprechende Vertreter in das Finanzministerium und weitere Ministerien bzw. Institutionen der Zusammenarbeit (Felfe 2003: 97f.). Ähnliche Erfahrungen wurden auch von der PDS in Sachsen-Anhalt gemacht.

Einen politisch einzigartigen Tolerierungsweg ging die Kommunistische Partei Italiens nach ihrem Wahlsieg 1976⁷. Sowohl Christdemokraten als auch Kommunisten erreichten mehr als 30% ohne eine eigene Regierungsmehrheit realisieren zu können. Die Gesellschaft befand sich in einem politisch Patt und extremen, z.T. militanten Klassenauseinandersetzungen. Da eine von der KPI vorgeschlagene „Regierung des nationalen Notstands“ – ausgehend vom Konzept des „Historischen Kompromisses“ abgelehnt wurde, wurde eine Politik des „Nicht-Mißtrauens“ vereinbart: Regierungsvorlagen der DC-Minderheitsregierung fanden zwar keine zustimmende Mehrheit, aber auch infolge der Stimmenthaltung der KPI, SPI, PSDI-Abgeordneten keine ablehnende Mehrheit, die zum Sturz der Regierung führen würde. So konnte die Minderheitsregierung Andreotti bei regelmäßiger Konsultation regieren (Genth/Altvater 1977: 106f.).⁸

6. These: Die Tolerierung ist kein Königsweg. Entscheidend ist die Fähigkeit des linken Bündnisses, Misstrauensvoten im Parlament erfolgreich überstehen zu können. Insofern sind LinkssozialistInnen in der Tolerierungsentscheidung abhängig von der – in der Regel sozialdemokratischen – Partei, die die Minderheitsregierung stellt. Lehnt diese ab, muss die Frage eine originären Regierungsbeteiligung wiederum gestellt werden.

Gleichwohl wird das in These 4 angesprochene Dilemma durch die Tolerierung nicht gelöst. Die Tolerierung ist kein Königsweg, sondern eine Regierungsform, die auf dem Willen der beteiligten Akteure – insbesondere der die Minderheitsregierung stellenden Akteure – beruht, sich auf den unsicheren Aushandlungsprozess einer Tolerierung einzulassen. Für die Sozialdemokratie, die in der Regel als die Regierung bildender Akteur, stellt sich die Frage nach der Stabilität einer Minderheitsregierung mit einem bzw. mehreren Tolerierungspartnern. Die Koalitionsforschung definiert als Kriterium für die Regierungsfähigkeit von politischen Bündnissen weniger die absolute Mehrheit, als vielmehr die Fähigkeit, Misstrauensvoten im Parlament erfolgreich überstehen zu können (Kropp/Sturm 1998: 77). Dafür wird ein Koalitionspartner benötigt, der ein eigenes Interesse an der Abweisung eines Misstrauensvotums hat. Selbstverständlich können auch Tolerierungspartner in der Lage sein Misstrauensvoten abzulehnen, doch sie müssen gegenüber der eigenen Klientel die Frage beantworten, worin der Wert einer konditionierten Tolerierung besteht, wenn sie die Regierung um jeden Preis stützen bzw. warum sie nicht unmittelbar in die Regierung eintreten.⁹

7. These: Linkssozialistische Politik vor und in Regierungsverantwortung erfordert eine dauerhafte Kommunikation und Verständigung über jeweilige Rollen mit sozialen Bewegungen und insbesondere den Gewerkschaften. Darüber hinaus ist eine Diskussion über radikalreformerische Politik mit VertreterInnen der Linken in Grünen und Sozialdemokratie, wie sie mit dem Crossover-Prozess einmal begonnen hatte wiederaufzunehmen und die Linkspartei-Initiativen daran zu beteiligen.

„Wenn es gestattet ist, eine Lehre aus der leidvollen Erfahrung zu ziehen, die die Arbeiterbewegung Westeuropas in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht hat, würde ich sie so formulieren: es wurde die Ansicht überwunden, daß eine bestimmte Partei, Gruppe oder Abteilung der europäischen Arbeiterbewegung das Monopol auf die Wahrheit besitzt.“ (Ingrao 1980: 324) Die sozialistische Bewegung speist sich heute aus Quellen und Erfahrungen, die zum Teil ziemlich weit von der traditionellen Arbeiterbewegung entfernt sind. Darüber hinaus sind tiefgreifende gesellschaftliche Strukturwandel zu verzeichnen, die zu veränderten Klassenstrukturen, Milieus

⁷ Bei den Parlamentswahlen vom 20.06.1976 erhielten die Kommunisten (KPI) 34,4%, die Christdemokraten (DC) 38,7%, die Sozialisten (PSI) 9,6%, die Democrazia Proletaria 1,5%, Sozialdemokraten (PSDI) 3,4%.

⁸ Sie wurde deshalb häufig mit dem Spottnamen „Regierung Berlingotti“ tituliert (Zusammenziehung aus Berlinguer, dem Chef der KPI und Andreotti, dem DC- und Regierungschef).

⁹ Eine umfangreiche Einführung in die entsprechende Debatte bei Grünen und der PDS findet sich bei: Udo Wolf (1994), Die PDS vor einer Richtungsentscheidung?, in: Disput Nr. 15/16, S. 19-22.

etc. führten, auf die an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden kann. Notwendig für eine linkssozialistische Politik, die Regierungsbeteiligungen als einen von verschiedenen politischen Wegen versteht sollte jedoch zweierlei sein:

- a) der kontinuierliche und organisierte Austausch mit sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften, die Vertretung ihrer Interessen innerhalb von Parlament und Regierung – sofern dies möglich ist bzw. die Herstellung von Akzeptanz verschiedener Rollen, die zwischen Regierung und Gewerkschaften bspw. bei der Aushandlung von Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst bestehen,
- b) die Herstellung eines kontinuierlichen Diskurses zwischen sozialdemokratischen, linkssozialistischen/kommunistischen und anderen progressiven Parteien.

Im Jahre 1972 verabredeten die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF), die Sozialistische Partei Frankreichs (SP) und die kleine Partei der Radikalen Linken ein „Gemeinsames Regierungsprogramm“ (GPR). Das GPR war ein Programm, dessen politische Funktion auf eine einheitliche Wahlkampfstrategie der drei Vertragsparteien gerichtet war, um einen Wahlsieg zu ermöglichen (Leithäuser 1978: 20). Nachdem die Linke bei den Parlamentswahlen im September 1977 nur 49% erreichte, scheiterte eine Aktualisierung des GPR an heftigen Auseinandersetzungen zwischen der SP und der KPF. Als ausformuliertes Programm hatte es für die beteiligten Parteien zwei Nachteile: Es war ein Kompromiss für die Linksunion, mit denen weite Teile der Parteibasis und der Stammwähler nur bedingt einverstanden waren – weshalb es zum Auslöser von Konflikten in der Linksunion wurde. Darüber hinaus war die festgeschriebene Programmatik für die Gewinnung neuer Wählerschichten nur bedingt von Vorteil. Nicht zuletzt die demokratisch-zentralistische Bestimmung des politischen Kurses ohne Einbeziehung der Parteibasis, die im Konfliktfall das Reproduktionsinteresse des Parteiapparates der gesellschaftlichen Veränderung vorzieht, war für die Krise der Linksunion 1977/78 verantwortlich (Leithäuser 1978: 26). Sieht man einmal davon ab, dass das französische Wahlsystem einen Einigungszwang der rechten bzw. der linken Parteien voraussetzt¹⁰, so spricht dennoch viel dafür, vom französischen Beispiel der kontinuierlichen inhaltlichen und selbstredend auch machtpolitischen Kommunikation zwischen unterschiedlichen Parteien einer pluralen Linken.

Auch in der Bundesrepublik gab es für einen begrenzten Zeitraum eine kontinuierliche Diskussion zwischen Linkssozialisten sowie linken Grünen und Sozialdemokraten – den sogenannten Crossover-Prozess. Noch 1996 verabredeten die beteiligten drei Redaktionen¹¹: „Wir – die beteiligten Zeitschriften und Einzelpersonen – sind uns einig, daß Crossover fortgesetzt werden soll. Wir wollen politisch eingriffsfähiger werden. Gegenwärtig entwickelt sich „Rot-Grün“ zu einer griesgrämigen, zankenden Verwaltung von Schnittmengen, von der keine nennenswerten Impulse für Veränderungen oder gar einen Aufbruch ausgehen. Demgegenüber wollen wir ein eigenständiges gemeinsames Reformprojekt herausarbeiten und deutlich machen. (...) Nur wenn es gelingt, einen gesellschaftlichen Umbaublock zu bilden, der verdeutlicht, wie die verschiedenen Intentionen wirklich ineinandergreifen, hat eine radikaldemokratische Variante auch eine Chance. (...) Jetzt kommt es darauf an, „Rot-Grün“ oder „Rot-Rot-Grün“ vor denen zu schützen, die im Begriff sind, ein sachlich mögliches Bündnis im wahltaktischen Koalitionsgeschacher zu diskreditieren.“ (Crossover 1996: 20). Von dieser Diskussion ist seit dem Regierungseintritt der SPD bzw. der Grünen 1998 nichts mehr übrig geblieben. Nicht nur, dass die politischen Linken innerhalb von SPD und Grünen erheblichen Umstrukturierungs- bzw. Marginalisierungsprozessen unterworfen waren, die Prioritätensetzung in Richtung PDS hat sich verändert – trotz bspw. eine rot-rot-grünen Option, die 2001 in Berlin innerhalb von Grünen und PDS ernsthaft diskutiert wurde. Wäre eine solche Debatte über radikalreformerische Politik in der ersten rot-grünen Amtszeit fortgeführt worden, sie hätte diskursinterventionistische Bedeutung für die rot-grüne Arbeit im Bund sowie für die PDS haben können. Eine unterkomplexe Debatte wie in Gera hätte so möglicherweise vermieden werden können. Die Chancen für eine Wiederaufnahme des Diskurses und die Identifizierung entsprechender Akteure in SPD und Grünen sollten jetzt aufgenommen werden, aus drei Gründen:

- a) niemandem kann bei aller Kritik an der Agenda 2010 daran gelegen sein, rot-grün durch ein schwarz-gelbes Bündnis zu ersetzen, solange es Kräfte in SPD und Grünen gibt, mit denen gemeinsame Positionierungen möglich sind,
- b) in einen Diskurs über radikalreformerische Politik sind diejenigen einzubeziehen, die derzeit innerhalb von SPD aber z.T. auch den Grünen jeden Ort für entsprechende Debatten und

¹⁰ Das französische Parteiensystem zerfällt dementsprechend in drei Teile: die neogaullistische Partei des amtierenden Präsidenten Chirac, die plurale Linke (Sozialisten, Kommunisten, Grüne, Radikale) sowie den neofaschistischen Front National. Vgl. dazu Hoff/Alemann, a.a.O.

¹¹ Für die PDS: Utopie kreativ; für das „Linke Forum“ bzw. den „Babelsberger Kreis“ der grünen Parteilinken: Andere Zeiten – Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation; für den „Frankfurter Kreis“ der SPD-Linken: SPW-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Die Anderen Zeiten gibt es seit 1999 nicht mehr. Der Frankfurter Kreis heißt seit ca. zwei Jahren „Demokratische Linke 21“.

Politik vermissen und deshalb neue Linksparteien gründen wollen. Dass die Initiative dazu von der PDS ausgehen sollte, liegt nahe.

- c) Die PDS steht vor der Aufgabe, ihren Begriff der „gestaltenden bzw. gesellschaftlichen Opposition“ inhaltlich untersetzen zu müssen. Die sozialdemokratische Linke hat es nicht geschafft, den in der ersten Hälfte der 70er Jahre populären Begriff der „systemüberwindenden Reformen“ praktisch-politisch zu fassen. Ein Diskurs über radikalreformerische Politik könnte ein Beitrag zur Verständigung über Regulationsmöglichkeiten innerhalb kapitalistischer Formationen sowie transformatorische Politik heute sein.

8. These: Die Einschätzung linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung leidet unter dem Dilemma, dass Steuerungsmöglichkeiten unterschiedlicher Ebenen (Gemeinden, Länder, Bund) nicht trennscharf genug abgegrenzt werden. Darüber hinaus werden die Strukturprobleme entwickelter Wohlfahrtsstaaten noch immer in den Kategorien des Keynesianismus debattiert – unter Vernachlässigung der Erkenntnisse seit den 70er Jahren geführter Krisentheorien. Dies führt zu Fehleinschätzungen sozialistischer Regierungspolitik, wie derzeit an der Kritik der Regierung Lula zu betrachten.

„Mehr denn je kommt es heute in der westeuropäischen Linken darauf an, sich die ganze Vorurteilslosigkeit der Auffassung von Otto Bauer anzueignen, wonach der Reformismus ‚das notwendige (wenn auch nur transitorische, D.A.) Resultat einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus‘ ist. Erst vor dem Hintergrund einer solchen jede Abqualifizierung vermeidenden Zurkenntnisnahme wird es gelingen, die fortschrittlichen Teilstücke, die der Reformismus zu jeder Zeit enthielt, beim Wort zu nehmen, seine Widersprüche von ihnen heraus aufzugreifen und seine ebenso permanent vorhandene Tendenz zur Abgrenzung gegen links wo nicht aufzuheben, ihr doch zumindest jeden nachvollziehbaren Vorwand zu nehmen (Albers 1980: 339). Eine solche Politik setzt jedoch voraus, sich über die Regulationsmöglichkeiten und –kompetenzen von Linkssozialisten in Regierungen zu verständigen und daraus realistische Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Dies muss in zweifacher Hinsicht geschehen:

- a) die Kompetenzen der jeweiligen staatlichen Ebenen sind ungleich verteilt. Die lokalen Einheiten verfügen über die geringsten Steuerungskompetenzen. Sie fungieren als verlängerter Arm des Zentralstaates zur Verwaltung des gemeinsamen Konsums, der Infrastruktur sowie der Sozialpolitik, wobei die politischen Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene getroffen werden. Gemeindepolitik ist in diesem Sinne eine „Pufferzone“, die der Zentralstaat implementiert, um soziale und Legitimationskrisen von sich fernzuhalten (Offe 1975).

Demgegenüber sind Regional- bzw. Landesregierungen bereits in der Lage zu relevanten Steuerungsentscheidungen.

Auf der nationalstaatlichen Ebene hingegen werden die entscheidenden Vorhaben durchsetzbar, die von einer linkssozialistischen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik erwartet werden können. Andererseits haben seit den 70er Jahren wesentliche Veränderungen in Richtung Dezentralisierung und Regionalisierung stattgefunden, die als Erosion zentralstaatlicher Steuerungsmechanismen über den gesamtnationalen Raum sowie einer wachsenden strukturellen Bedeutung der Institutionen der Länder und Gemeinden im Hinblick auf die Finanzierung und Steuerung der Kapitalakkumulation beschrieben werden können (Brenner 1997: 557).

Gleichzeitig wird die Rolle des Bundes nicht nur durch dezentralisierende Maßnahmen eingeschränkt, auch supra-nationale Institutionen der EU beanspruchen neue Funktionen, einschließlich der Steuerung des Handels, der internationalen monetären Politik, der Arbeitsgesetzgebung und sozialer Wohlfahrtsmaßnahmen (Brenner 1997: 559).

- b) Die Kompetenzabgabe der nationalstaatlichen Ebene sowohl nach unten an die Regionen wie nach oben an multinationale Institutionen bzw. Verträge wie EU, GATS, Währungsunion, Maastricht-Kriterien u.a. im Kontext von Globalisierungsprozessen führt auf der einen Seite dazu, dass die Wirksamkeit von Steuerungsinstrumenten, die bisher auf nationalstaatlicher Ebene eingesetzt werden konnten (Währungspolitik) eingeschränkt werden. Auf der anderen Seite ist ihre Wirksamkeit sowie die Stichhaltigkeit bisheriger linker insbesondere wirtschafts- und finanzpolitischer Programmatiken zu überprüfen.

Angesichts von Globalisierungsprozessen und in Erinnerung der Rezession der 90er Jahre ist es üblich geworden, die Steuerungskompetenzen der 60er und frühen 70er Jahre zu glorifizieren. Die Nationalstaaten der hochentwickelten Industrieländer hätten ihre nationale Ökonomie noch unter Kontrolle gehabt, weil Waren- und Finanzmärkte national begrenzt waren und deshalb auch von der nationalstaatlichen Politik wirksam beeinflusst werden konnten (Genschel 2003: 430). Doch trifft es zu, dass die staatlichen Gestaltungsmöglichkeiten den gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungen entsprachen? Zeitgenössische Spätkapitalismusanalysen widersprechen dem und identifizierten Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, die in einem gefährlichen Auseinanderdriften staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten und gesellschaftli-

cher Anforderungen begründet lagen. Die „Steuerungskapazitäten des staatlichen Apparates sind prinzipiell zu knapp bemessen, als dass er die Last jener Erwartungen und Forderungen wirksam abarbeiten könne“, die aus der Gesellschaft an ihn herangetragen werden, wie Claus Offe 1979 formulierte. Schuld daran war nicht, eine von außen kommende Globalisierung, sondern der Wohlfahrtsstaat selbst, der systematisch Haltungen und Erwartungen produziert, die seine Handlungsfähigkeit überfordern. Seine Steuerungs-, Umverteilungs- und Regulierungsleistungen entlasteten die Bürger davon, selbst zu planen und vorzusorgen und schafften dadurch zusätzliche Steuerungs-, Umverteilungs- und Regulierungsanforderungen. „Die Agenturen des Wohlfahrtsstaates erzeugen mithin über paradoxe Funktionen die Probleme, mit deren Beseitigung sie sich manifest beschäftigen“ (Offe 1979: 306).

Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten alle entwickelten Industriestaaten ihre Planungs- und Sozialversicherungskapazitäten gewaltig aus. „Aktive makroökonomische Steuerung und sozialpolitische Umverteilung wurden zum staatlichen Kerngeschäft. (...) Das Steuerungsziel – ein gleichbleibendes hohes Niveau von Wachstum und Beschäftigung – sollte vor allem durch eine aktive, antizyklische Geld- und Finanzpolitik erreicht werden. Das Umverteilungsziel – die Versicherung aller Bürger gegen individuelle Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut – wurde durch progressive Steuer- und Abgabensysteme auf der Einnahmeseite und umfangreiche Sozialtransfers und öffentliche Dienstleistungsprogramme auf der Ausgabenseite des Staatshaushaltes operationalisiert“ (Genschel 2003: 436).

Oder um es zugespitzter zu formulieren: Im sozialdemokratisch-keynesianischen Wohlfahrtsmodell der 60er und 70er Jahre wurde die Marxsche Konzeption einer Vergesellschaftung ersetzt durch Etatismus und Staatskapitalismus. Dessen Grundlagen erodieren seit rund fünfzig Jahren, ohne dass einerseits ein neuer langweiliger Entwicklungszyklus im Sinne des Fordismus in Sicht ist, in dem Akkumulationsregime und Regulationsweise zusammenfallen. Für Linksozialisten in Regierungen folgen daraus vollkommen neue Steuerungsfragen zu beantworten, die eine kritische Verteidigung des Keynesianischen Wohlfahrtsstaates beinhalten muss. Denn für eine anti-etatistische Linke trägt eine unkritische Verteidigung des bisherigen Status quo des „rheinischen Kapitalismus“ tendenziell antiemanzipatorische Züge. Das bestehende Wohlfahrtsmodell ist von links berechtigterweise unter anderem dafür kritisiert worden, dass die fordistische Integration zu jedem Zeitpunkt autoritär strukturiert war und von staatlicher Kontrolle gekennzeichnet. Individuelle Lebensentwürfe hatten darin nur in begrenzten Nischen ihren Platz. Auch tägliche Schreckensmeldungen vermögen daraus kein linkes Projekt zu machen.

Vor welchen Fragestellungen linkssozialistische Wirtschaftspolitik in Regierungsverantwortung steht, soll am Beispiel Frankreich abschließend exemplifiziert werden – vor allem weil dieses Beispiel derzeit die Grundlage für eine Einschätzung der sozialistischen Regierung Brasiliens unter Lula bilden muss:

„Als Paradebeispiel für die makroökonomische Entmachtung des Nationalstaates gilt vielen Globalisierungstheoretikern die wirtschaftspolitische Kehrtwende Frankreichs am Anfang der achtziger Jahre. 1981 mit einer keynesianischen Expansionsstrategie angetreten, habe die sozialistische Regierung¹² schon im Sommer 1982 vor den ‚Realitäten der internationalen Kapitalmärkte kapitulieren‘ müssen. Die konjunktur- und industriepolitischen Ambitionen gingen über Bord und wurden durch eine Politik des geld- und finanzpolitischen rigueur ersetzt.“ (Genschel 2003, 438f.) Globalisierungsskeptiker argumentieren, dass das Mundell-Fleming-Modell, das makroökonomische Standardmodell der offenen Volkswirtschaft einen anderen Weg möglich gemacht hätte. „Nach diesem Modell können von den drei originären Politikzielen – geldpolitische Autonomie, internationale Kapitalmobilität und Wechselkursstabilität – nur jeweils zwei gleichzeitig verwirklicht werden. Demnach könnten sich nationale Regierungen also durchaus auf internationale Kapitalmobilität einlassen, ohne geldpolitische Autonomie aufgeben zu müssen. Sie müssten nur dafür das Ziel stabiler Wechselkurse opfern. Das Problem der französischen Sozialisten sei, zu diesem Opfer nicht bereit gewesen zu sein. Sie konnten nur eines haben, entweder ihr keynesianisches Expansionsprogramm oder den Verbleib im Europäischen Währungssystem. (...) Was aber bewegte die französische Regierung, an stabilen Wechselkursen festzuhalten? Und wenn sie schon von festen Wechselkursen nicht lassen wollten, warum bemühten sie sich dann nicht wenigstens, den Globalisierungsfortschritt zu bremsen? Niemand zwang schließlich die EU-Mitgliedsstaaten während der achtziger und neunziger Jahre, ihre Währungsrelationen im Europäischen Währungssystem und später der Währungsunion immer strikter zu fixieren und gleichzeitig auch noch alle verbliebenen Kapitalverkehrskontrollen und Handelshemmnisse im Binnenmarkt abzubauen. In globalisierungstheoretischer Perspektive erscheint diese Parallelentwicklung von immer offeneren Grenzen und immer festeren Wechselkursbindungen paradox. In revisionistischer Perspektive ergibt sie sich dagegen folgerichtig aus der Problemlast, der sich der europäische Wohlfahrtsstaat seit den siebziger Jahren ausgesetzt sah: Inflation, Staatsverschuldung, Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit.“ (Genschel 2003:

¹² Es handelte sich um eine Koalition aus Sozialisten und Kommunisten.

339f.) Makroökonomische Politik kann nur dann erfolgreich sein, wenn der Markt nicht mit ihr rechnet. Nur wenn die Wirtschaft eine Geldmengenausweitung nicht in Form höherer Preise und Löhne vorwegnimmt, kann ein realer Nachfrageschub bewirkt werden. Wenn der makroökonomische Steuerungsaktivismus aber zum politischen Programm erhoben wird, kann sich der Überraschungseffekt nicht einstellen. „Wenn der Markt wisse, dass der politischen Führung im Zweifelsfall fünf Prozent Inflation lieber sind als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, werde er sich gleich auf diese Inflationsrate einstellen. Die Regierung müsse die Geldmenge dann noch stärker ausweiten und die Staatsausgaben noch weiter erhöhen, um trotzdem noch einen Überraschungseffekt zu erzielen. (Genschel 2003: 440) Die langfristige Folge dessen sind chronisch überhöhte Inflations- und Verschuldungsraten. In diesem Sinne muss die Abkehr der französischen Regierung vom keynesianischen Expansionsprogramm als Entscheidung interpretiert werden, sich aus dieser Selbstverpflichtungsfalle zu lösen in der sie durch aktive makroökonomische Steuerungs politik zu geld- und finanzpolitischen Handlungen gezwungen wurde, die sie im Interesse der Volkswirtschaft nicht weiter treffen wollte.

In ähnlicher Weise agiert derzeit Lulas Arbeiterpartei (PT) in Brasilien (Fritz 2003 sowie Boris 2003), wobei hier externe Institutionen wie der Internationale Währungsfonds in besonderer Weise auf die nationalstaatliche Politik Einfluss zu nehmen in der Lage sind.

Verwendete Literatur:

Albers, Detlev (1977), Strategien der westeuropäischen Arbeiterbewegung, in: Das Argument Nr. 105, S. 672-685
Albers, Detlev (1980), Gedanken über den „Dritten Weg zum Sozialismus“ in Westeuropa, in: Das Argument Nr. 121, S. 334-346.

Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe (1981), Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin.

Bischoff, Joachim/Steinitz, Klaus (2003), Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven, Berlin.

Boris, Dieter (2003), Die Transformation in Brasilien, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 11.

Brenner, Neil (1997), Die Restrukturierung staatlichen Raums: Stadt- und Regionalplanung in der BRD 1960-1990, in: Prokla Nr. 4, S. 545-565.

Crossover-Koordinationsgruppe (1996), Perspektiven des Crossover-Prozesses, in: SPW Nr. 2, S. 20f.

Felfe, Edeltraut (2003), Die Linkspartei in Schweden, in: Brie, Michael (Hrsg.), Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin, S. 73-116.

Fritz, Barbara (2003), Brasilien: Neue Ziele, orthodoxe Politik – Wie tragfähig ist Lulas Wirtschaftspolitik?, in: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 13.

Genth, Renate/Altwater, Elmar (1977), Politische Konzeptionen und Schwierigkeiten der KPI in der Krise – ein Aufriß von Problemen einer Strategie der Arbeiterbewegung (II), in: Prokla Nr. 27, S. 103-120.

Genschel, Philipp (2003), Globalisierung als Problem, als Lösung und als Staffage, o.O., S. 429-464.

Gohde, Claudia (1995), Im Westen was neues? Die PDS in den alten Bundesländern, in: Beinert, Heinz, Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin, S. 69-80.

Hoff, Benjamin/Alemann, Florian von (2002), Le Pens Wahlerfolg – nur ein Betriebsunfall?, in: Vorgänge Nr. 4, S. 106-114.

Ingrao, Pietro: Probleme der Zusammenarbeit der westeuropäischen Linken, in: Das Argument Nr. 121, S. 324-333.

Kallscheuer, Otto/Rafalski, Traute/Wenzel, Gisela (1977), Italien: Gratwanderung zwischen Stabilisierung und Übergangsprozeß (I) Die Offensive des herrschenden Blocks, in: Prokla Nr. 29, S. 125-154.

Kropp, Sabine/Sturm, Roland (1998), Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen, Opladen.

Leggewie, Claus (1978), Von der Krise des Kapitals zur Krise der Partei – Zur Entwicklung der KPF seit der „historischen Niederlage“ vom März 1978, in: Prokla Nr. 32, S. 5-18.

Leithäuser, Gerhard (1978), Ungelöste Probleme einer wirtschaftspolitischen Alternative in Frankreich, in: Prokla Nr. 32, S. 19-42.

Martelli, Roger (2003), Die Situation in Frankreich, in: Brie, Michael (Hrsg.), Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin, S. 45-72.

Offe, Claus (1979), „Unregierbarkeit“. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“, 1. Band: Nation und Republik, Frankfurt am Main, S. 294-319.

Porcaro, Mimmo (2003), Die Partei der kommunistischen Neugründung. Traditionen, Innovationen, Perspektiven, in: Brie, Michael (Hrsg.), Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin, S. 9-44.

Raschke, Joachim (1993), Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln.

Röttger, Bernd (1993), EG-metropolitane Integration und die Krise linker Wirtschaftspolitik, in: Prokla Nr. 92, S. 473-490.

Wolf, Harald (1995), Über die Macht der Opposition und die Ohnmacht der Regierung, Disput Nr. 9, S. 9-11.

Wolf, Harald (1995), Lieber weniger, aber besser: 8 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: Disput Nr. 2, S. 7-10.

Udo Wolf (1994), Die PDS vor einer Richtungsentscheidung?, in: Disput Nr. 15/16, S. 19-22.